

Die falsche Symmetrie der jüdisch-arabischen Partnerschaft

Unter den Bedingungen der Apartheid erfordert der Binationalismus, dass israelische Juden ihre Führungsrolle aufgeben und sich dem von palästinensischer Seite geführten Kampf für die Entkolonialisierung anschließen.

Areej Sabbagh-Khoury, 972mag.com, 11.02.26

Die Debatte über eine jüdisch-arabische Partnerschaft oder einen Binationalismus in Israel-Palästina läuft immer wieder in dieselbe Sackgasse: die Forderung nach politischer Symmetrie innerhalb einer zutiefst asymmetrischen Realität.

Das Engagement jüdischer Israelis in arabischen Parteien – oder in Parteien mit palästinensischer Mehrheit und Führung, die darauf bestehen, Raum für jüdische Beteiligung zu schaffen, wie beispielsweise *Hadash* – ist ein Schritt in Richtung der Erkenntnis, dass Binationale oder jüdisch-arabische Partnerschaft ohne eine echte Auflösung – also Dekolonisierung – der ethnisch-nationalen Machtverhältnisse unmöglich ist.

Oft wird die Partnerschaft oder Partei als neutraler Raum angesehen, in dem Juden und Palästinenser angeblich gleichberechtigt zusammenarbeiten, die Führung teilen und zusammen eine gemeinsame Vision formulieren.

Unter den Bedingungen der Apartheid und des völkermörderischen Krieges und in einem Raum, geprägt von jüdischer Vorherrschaft – politisch, militärisch, wirtschaftlich und sprachlich –, ist diese Vorstellung jedoch nicht nur realitätsfern, sondern reproduziert auch die bestehenden hierarchischen Machtverhältnisse, welche sie eigentlich überwinden will.

Unter solchen Bedingungen erfordert der Binationalismus einen unbequemen und grundlegend anderen politischen Schritt: die Beteiligung und das Engagement israelischer Juden an palästinensisch geführten Initiativen, politischen Parteien und Bewegungen, trotz des offensichtlichen Widerspruchs im Hinblick auf Forderungen nach Gleichberechtigung.

Zumindest in der Anfangsphase erfordert dieser Schritt eine eindeutige politische Entscheidung seitens der israelischen Juden – eine Entscheidung, die den Verzicht auf Führungsrolle, zentrale Stellung und das vermeintliche Recht, „die Rahmenbedingungen festzulegen“, mit sich bringt und stattdessen bedeutet, einem Kampf für Menschenrechte unter der Führung der unterdrückten indigenen Gruppe beizutreten, bis eine gemeinsame Souveränität erreicht ist.

Dies ist kein Akt guten Willens oder moralischer Großzügigkeit, sondern ein Akt politischer Verantwortung, ähnlich dem Entschluss weißer Aktivisten, sich den schwarzen Bewegungen im Kampf gegen die Apartheid in Südafrika anzuschließen – nicht, um den Kampf „auszugleichen“, sondern um den Apparat der Vorherrschaft, den sie selbst aufgebaut hatten und von dem sie profitierten, von innen heraus in Frage zu stellen.

Das Engagement jüdischer Israelis in arabischen Parteien (oder in Parteien mit palästinensischer Mehrheit und Führung, die darauf bestehen, Raum für jüdische Beteiligung zu schaffen, wie beispielsweise *Hadash*) ist ein Schritt in Richtung der Erkenntnis, dass Binationale oder jüdisch-arabische Partnerschaft ohne eine echte Auflösung – also Dekolonisierung – der ethnisch-nationalen Machtverhältnisse unmöglich ist.

Die Forderung nach einer jüdisch-arabischen Partnerschaft und Gleichberechtigung kann nicht losgelöst von einer tiefgreifenden politischen Abrechnung durch die herrschende Gruppe betrachtet werden, angesichts der unterdrückerischen Strukturen, die sie geschaffen hat, von denen sie profitiert hat und die sie weiterhin aufrechterhält. Eine solche Abrechnung erfordert unter anderem die Bereitschaft, Führungsrolle und Vorrangstellung aufzugeben, sowie die Bereitschaft, hegemoniale Macht als Voraussetzung für die Teilnahme an einem gemeinsamen Kampf abzubauen.

Aus diesem Grund verdient das unter israelischen linken Aktivisten, darunter auch in radikalen Kreisen, vorherrschende Argument, dass eine „jüdisch-arabische Partei“ notwendig sei und, dass die bestehenden arabischen Parteien nicht binational seien, weil sie von Palästinensern geführt werden, eine genaue Prüfung. Dieses Argument ignoriert den historischen und politischen Kontext der Siedlerkolonialisierung, in dem arabische Parteien in Israel agieren, sowie die materiellen und von Gewalt geprägten Bedingungen, die ihr politisches Handeln bestimmen.

Die arabischen Parteien in Israel leiden unter echten Mängeln, darunter interne Widersprüche, Ungleichheit der Geschlechter und bisweilen das Fehlen einer klar formulierten binationalen Vision. Doch seit fast zwei Jahrzehnten, und insbesondere in den letzten Jahren, agieren sie unter Bedingungen, die ich als fortwährenden soziopolitischen Völkermord bezeichnen würde: politische, soziale, zivile und sprachliche Auslöschung; die systematische Einschränkung des parlamentarischen Raums; rechtliche und öffentliche Delegitimierung; und die Darstellung der politischen Präsenz der Palästinenser selbst als Bedrohung, die neutralisiert werden muss.

In dieser Realität stellt gerade das Beharren auf politischer Vertretung, *Sumud* (Standhaftigkeit), institutionellem Überleben und der Verteidigung grundlegender Rechte – und manchmal sogar auf bloßem Überleben angesichts eskalierender Gewalt, Kriminalität und organisierter staatlicher Vernachlässigung – an sich schon einen radikalen politischen Akt dar. Unter solchen Bedingungen gehen der Kampf der Parteien gegen die Auslöschung und das Gebot des Überlebens oft zu Lasten der Formulierung einer umfassenden ideologischen Vision – insbesondere wenn ihr Volk in Gaza

einem Völkermord ausgesetzt ist und sich inmitten eines zunehmend extremen israelischen Rechtssystems befindet. Das Fehlen eines vollständig entwickelten binationalen politischen Projekts spiegelt nicht das grundsätzliche Fehlen einer binationalen Wahrnehmung wider, sondern ist vielmehr eine Einschränkung, auferlegt durch eine gewalttätige kolonialistische Realität.

Tatsächlich ergibt eine systematische historische Analyse des palästinensischen politischen Aktivismus innerhalb Israels seit 1948 ein Bild, das sich deutlich von dem im öffentlichen Diskurs vorherrschenden unterscheidet. Seit Jahrzehnten sind arabische Parteien oft die wichtigsten – und manchmal sogar die einzigen – Akteure, die sich für einen gemeinsamen politischen Horizont und ein Konzept des Binationalismus einsetzen, auch wenn dies nicht immer unter diesem Namen formuliert wird. Sie taten dies durch anhaltenden zivilen Kampf, Forderungen nach substanzieller statt nur formaler Gleichberechtigung und Bemühungen um politische Partnerschaften unter den Bedingungen tiefer struktureller Ungleichheit in einem Siedlerkolonialstaat.

Entscheidend ist, dass diese politische Aktivität nie losgelöst war von einem tiefen Engagement für das übrige palästinensische Volk. Selbst innerhalb des restriktiven und repressiven zivilgesellschaftlichen Systems Israels behielten die arabischen Parteien eine politische und moralische Verbundenheit mit ihrem Volk jenseits der *Grünen Linie* bei und betrachteten dessen Kampf gegen die Besatzung als untrennbar verbunden mit einem umfassenderen Kampf für die Entkolonialisierung (auch wenn sie diesen Begriff nicht immer verwendeten) und Befreiung sowie mit einer anhaltenden Herausforderung der ethnisch-nationalen Hegemonie des jüdischen Staates. Damit verkörpern sie eine Vorstellung von kollektiver politischer Verantwortung, die über die israelische siedlerkoloniale Staatsbürgerschaft hinausgeht und sich weigert, sich von den Grenzen einschränken zu lassen, die das koloniale Regime aufzuzwingen versucht.

Der Binationalismus oder die jüdisch-arabische Partnerschaft beginnt also nicht mit der Gründung einer neuen „gemeinsamen“ jüdisch-arabischen Partei ohne Geschichte. Es kann auch kein Slogan sein, der über den Machtverhältnissen thront, basierend auf jüdisch-israelischer politischer Bequemlichkeit. Vielmehr beginnt es mit einer unbequemen politischen Entscheidung: der Erkenntnis, dass der politische Raum nicht neutral ist, dass Führung nicht symmetrisch sein kann und dass diejenigen, die von struktureller Vorherrschaft profitieren, entscheiden müssen, sich dem Kampf anzuschließen, anstatt ihn anzuführen. Alles andere ist kein Binationalismus, sondern eine abgemilderte Version der bestehenden Ordnung.

Für israelische Juden bedeutet dies, die Führungsrolle und das vermeintliche Recht zur Festlegung der Spielregeln aufzugeben, wenn auch nur vorübergehend. Es erfordert, über die Suche nach einem „ausgewogenen Rahmen“ hinauszugehen und sich in bestehende politische Räume unter palästinensischer Führung zu integrieren – Räume, die jüdische Israelis dazu einladen, auf Augenhöhe teilzunehmen, indem sie auf Privilegien und Vorherrschaft verzichten und sich dem gemeinsamen Kampf für ein gemeinsames Leben in diesem Land anschließen, auch wenn solche Rahmen-

bedingungen nicht immer mit dem bevorzugten „liberalen“ Selbstverständnis übereinstimmen.

Der von den Palästinensern in Israel vorgeschlagene Binationalismus ist in der Tat eine radikale Alternative zum Siedlerkolonialismus. In diesem Sinne handelt es sich nicht um einen moralischen Kompromiss oder eine abstrakte Formel des Zusammenlebens, sondern um ein antikolonialistisches politisches Projekt, das darauf abzielt, Herrschaftsverhältnisse abzubauen, die historische Verantwortung für vergangene Ungerechtigkeiten wieder in den Mittelpunkt der Politik zu rücken und eine gemeinsame politische Gemeinschaft zu schaffen, die auf Gleichheit, Gerechtigkeit und Befreiung basiert.

Diese Entscheidung ist weder marginal noch symbolisch. Es handelt sich um einen echten politischen Test: Sind jüdische Israelis, die sich gegen die jüdische Vorherrschaft aussprechen, bereit, in Bereichen zu agieren, die sie nicht kontrollieren, bereit, die Führerschaft der Palästinenser zu akzeptieren und gegen einen Staat zu kämpfen, der behauptet, in ihrem Namen zu sprechen? Ohne einen solchen Schritt bleibt der Diskurs über eine jüdisch-arabische Partnerschaft oder einen Binationalismus hohl, eine moralische Geste ohne politische Konsequenzen.

Dies ist die politische Herausforderung, vor der israelische Juden stehen, die sich gegen Apartheid, Völkermord und das rassistische Regime aussprechen: Nicht zu fragen, wie eine komfortable jüdisch-arabische Partnerschaft aussehen könnte, sondern vielmehr, wie eine Form des Binationalismus aussehen könnte, die die bestehende Ordnung aktiv aufbricht und die vollständige Gleichberechtigung zwischen jüdischen Israelis und Palästinensern sicherstellt. Alternativen, die diese Entscheidung vermeiden, würden lediglich den Status quo unter einem anderen Namen reproduzieren.

Eine binationale Zukunft ist keine Frage der Formulierung einer neuen Ideologie, sondern der politischen Praxis in der Gegenwart. Dies wird nicht durch die Gründung einer weiteren „gemeinsamen“ jüdisch-arabischen Partei erreicht werden, sondern durch die Stärkung bestehender palästinensischer Parteien, die Erweiterung ihrer Handlungsbasis und die klare Abgrenzung gegenüber der ethnisch-nationalen Vorherrschaft der Juden. Nur innerhalb eines asymmetrischen Kampfes – eines Kampfes, der die Machtverhältnisse anerkennt, anstatt sie zu verschleiern – kann eine echte politische Partnerschaft entstehen.

Eine Version dieses Artikels wurde erstmals auf Hebräisch auf Local Call veröffentlicht. Lesen Sie ihn hier.

Dr. Areej Sabbagh-Khoury ist Dozentin am Institut für Soziologie und Anthropologie der Hebräischen Universität Jerusalem, Assistenzprofessorin am Institut für Soziologie der University of California, Berkeley, Mitglied der Academia for Equality und Mitbegründerin des Carmel Forum.

Sie ist Stipendiatin der Israel Science Foundation für ihr Forschungsprojekt „Von der partikularistischen zur demokratisierten Staatsbürgerschaft: Der Kampf der palästinensischen Bürger in Israel“.

Quelle: <https://www.972mag.com/false-symmetry-jewish-arab-partnership-binationalism/>

Übersetzung für Pako: A. Riesch – palaestinakomitee-stuttgart.de